Heute „Sport-Spiegel“ — Morgen-Ausgabe — Einzelnummer 60 M.

Erscheint wöchentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel“, Dienstags „Modenspiegel“, Mittwochs „Technische Rundschau“, Donnerstags „Sportspiegel“, Freitags Mitzblatt „ULK“, Sonnabends „Haus hof Garten“. Man abonniert bei all. Postanstalt. Deutschlands, Deutsch-Oesterreichs, d. Tschechoslowakisch. Staates, Ungarns, d. Schweiz, Luxemburgs, Belgiens, Frankreichs, d. Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Lettlands, Estlands; s. alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch d. Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Für den Monat Januar in Groß-Berlin M. 2000.— frei Haus, außerh. M. 2000.— ausschl. Postzustellg., Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. den Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 5440—5455, für den Fernverkehr: 4207—4209.) Telegr.-Adr.: „Berlibla“, Berlin. — Rudolf Mosse-Code. Insertionspreis: Die 12gespalt. Zeile M. 700.—, Familien-Anzeigen M. 250.—, Nachrufe nach üblich. Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmten Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 50; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenick. Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Wilhelmstr. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Wilmersberger Str. 25/26; Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Köpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 5 (Ausgabe für Berlin) — und Handels-Zeitung — Donnerstag, 4. Januar 1923 — 52. Jahrgang

Poincaré fordert unveränderte Annahme des französischen Plans.

Der französische Ministerrat gegen den Plan Bonar Laws.

Ergebnislose Nachmittagssitzung der Konferenz. — Vertagung auf heute.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 3. Januar.

Der Kabinettsrat, der heute vormittag einberufen wurde, um die Stellung der französischen Regierung zu dem englischen Vorschlag zu bestimmen, dauerte knapp eindreiviertel Stunden. Um 11¼ Uhr kamen die Minister unter dem Vorsitz Millerands im Elysée zusammen; kurz nach 12 Uhr war die Beratung beendet. Eine halbe Stunde später wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: „Der Ministerpräsident hat seinen Kollegen die englische Note zur Kenntnis gebracht. Der Ministerrat hat nach erfolgter Prüfung einmütig festgestellt, daß der **englische Plan** eine beträchtliche Herabsetzung der französischen Forderung mit neuen Aufschüben und ohne alle Pfänder bedeutet und daß er **deshalb als ein endgültiger Verzicht auf wesentliche Bestimmungen des Versailler Vertrages anzusehen ist.**“ Ministerpräsident Poincaré hat diese amtliche Mitteilung durch eine Erklärung ergänzt, die er den französischen Journalisten gab. Poincaré sagte: „Der englische Plan ist unannehmbar. Nicht nur, soweit er unsere Interessen betrifft, sondern auch die italienischen und belgischen. Der Plan zieht die belgische Priorität nicht in Betracht, und er will über die Goldsicherung verfügen, die wir als Garantie für die Kriegsvorschüsse in England hinterlegten. Ich werde beim Beginn der heutigen Sitzung erklären, daß **ich keine Beratung über den englischen Entwurf zulassen kann,** und ich werde den Antrag stellen, den französischen Vorschlag anzunehmen, der wesentliche Zugeständnisse an die englische Auffassung enthält und für uns **das unveränderliche Mindestmaß unserer Ansprüche bedeutet. Wenn das französische Projekt nicht so angenommen wird, dann bleibt nichts anderes übrig, als die Unmöglichkeit einer Einigung festzustellen.**“

Nach dieser Erklärung, die von den Vertretern der französischen Presse eifrig verbreitet wurde, galt es in den ersten Nachmittagsstunden für fraglich, ob die für drei Uhr anberaumte Sitzung der Konferenz überhaupt stattfinden würde. Es hieß, daß Bonar Law versucht habe, den Beginn der Beratungen um einige Stunden hinauszuschieben, um den englischen Sachverständigen Zeit zu einer Anpassung an den französischen Standpunkt zu lassen, daß aber Poincaré mit größtem Bedauern erklärt habe, diesen Wunsch nicht erfüllen zu können. Es komme der französischen Regierung nicht mehr auf die Einzelheiten, sondern auf die grundsätzliche Entscheidung an. Von belgischer Seite wird gesagt, daß die **Konferenz wahrscheinlich am Donnerstag zu Ende sein werde.** Um die öffentliche Meinung in England nicht unnötig aufzuregen, soll erklärt werden, daß die Beratungen nicht abgebrochen, sondern nur vertagt seien. Die öffentliche Meinung Frankreichs ist jedoch über den englischen Plan bereits in hohem Grade erregt und die Aufregung in England über eine Ablehnung in der von Poincaré angekündigten Form wird wahrscheinlich nicht geringer sein. Aber trotz aller dieser Gerüchte hat die Sitzung der Konferenz um 3 Uhr nachmittags im Auswärtigen Amt programmäßig begonnen. Der erste Teil der Sitzung wurde durch Bemerkungen Poincarés zu dem englischen Vorschlag ausgefüllt. Um 5¼ Uhr wurde die Sitzung der Konferenz unterbrochen, um den üblichen Nachmittagstee zu ermöglichen, der bei früheren diplomatischen Verhandlungen am Quai d'Orsay oft Gelegenheit zu vermittelnden Transaktionen gegeben hat. Ob der Tee auch diesmal eine beruhigende Wirkung ausgeübt hat, war bisher nicht zu erfahren. Immerhin wurde nach Schluß des zweiten Teils der Sitzung bekannt, daß die **Weiterberatung auf morgen, Donnerstag, nachmittag 3 Uhr, vertagt** wurde. In der zweiten Sitzung, die bis halb acht Uhr dauerte, sprach Theunis über den belgischen Standpunkt, und dann **verteidigte Bonar Law aufs neue die englischen Vorschläge.** Nach Havas soll es in dieser Sitzung sehr herzlich zugegangen sein. Die Italiener kamen noch nicht zum Wort.

In englischen Kreisen ist man der Meinung, daß Bonar Law einer Beratung des französischen Entwurfs zustimmen würde, falls die Konferenz bereit ist, den englischen Plan ebenfalls zu erörtern. Dieser Ausweg scheint vorläufig nach den Erklärungen Poincarés versperrt zu sein. Aber vielleicht behält der alte französische Diplomat recht, der inmitten der Aufgeregtheit einiger Politiker heute sagte: „Es ist nach meinen Erfahrungen noch nicht dagewesen, daß am ersten Tage einer Konferenz das letzte Wort gesprochen würde.“

Die Pariser Presse scheint nur noch geringe Hoffnung zu hegen, daß durch gegenseitige Zugeständnisse eine Annäherung der voneinander abweichenden Ansichten Englands und Frankreichs herbeigeführt werden könne. Die entrüstete Ablehnung der englischen Vorschläge durch die französische Presse wird in Deutschland vielleicht nicht vollständig verstanden werden, weil das englische Projekt vom deutschen Standpunkt aus keineswegs so deutschfreundlich erscheint, wie die französischen Zeitungen behaupten. Vielleicht hat der Plan Bonar Laws sogar manchem deutschen Politiker, eine peinliche Ueberraschung bereitet. Die Zahlungen, die England verlangt und die Sicherungen, von denen der Zahlungsaufschub abhängig gemacht werden soll, sind ja für Deutschland gewiß nicht annehmbar. Aber die Grundlage des englischen Vorschlages ist immerhin, wie der „Matin“ heute mißbilligend bemerkt, das Vertrauen auf die deutsche Ehrlichkeit, und das sollte man in Deutschland anerkennen. Aus einer kurzen Umfrage, die ich heute in alliierten und neutralen Kreisen versucht habe, geht mit Deutlichkeit hervor, daß der Vorschlag Bonar Laws, der nach französischer Annahme ein Vorschlag Bradburys sein soll, auch von Italien und Belgien verworfen werde. Allerdings scheine Frankreich mit seinen Pfänderforderungen ziemlich allein zu stehen. Die Unzufriedenheit der öffentlichen Meinung Frankreichs mit dem englischen Plan wird übrigens weit weniger durch die Haltung der englischen Regierung gegenüber Deutschland als durch Geringfügigkeit der Zugeständnisse Englands an Frankreich erklärt. Die Franzosen hätten, sagen ihre Zeitungen, erwartet, daß England zugunsten des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete auf seine Forderungen an Deutschland zum größten Teil verzichten würde, wenn Frankreich in eine Herabsetzung der deutschen Verpflichtungen einwillige. Statt dessen schlage England eine Regelung der Reparationsfrage vor, die ihm selbst von Deutschland etwa siebzehn Milliarden Goldmark sichern würde, während Frankreich als das am meisten geschädigte Land nicht mehr als 19½ Milliarden von Deutschland zu verlangen hätte. Darüber hinaus aber verlange England noch als Sicherheit die Milliarde Goldfrancen, die als Garantie für die Kriegsschulden unter den Verbündeten von Frankreich bei der Bank von England hinterlegt worden ist. Diese rein geschäftliche Auffassung der Kriegsschulden unter den Alliierten erbittert die Presse Frankreichs. Poincaré hat natürlich nach seiner alten Methode alle möglichen Drohungen informell veröffentlichen lassen, um dann mit seinem wahren Plane hervortreten und darauf hinweisen zu können, daß die Regierung Frankreichs weit maßvoller sei, als die Forderung der öffentlichen Meinung. Auf diese Taktik ist hier bereits aufmerksam gemacht worden, und es wird keine Ueberraschung sein, wenn jetzt bekannt wird, Poincaré denke an keinen Einmarsch in das Ruhrgebiet und verzichte sogar darauf, die Zollgrenze im Rheinland und an der Ruhr zu ziehen.

Die Pfänder, auf die es dem französischen Ministerpräsidenten im Augenblick weit mehr ankommt als auf die Zahlungen oder auf die vollständige Regelung der Reparationsfrage, bleiben eine ernste Bedrohung der wirtschaftlichen Arbeit Deutschlands. Auch wird gefordert, daß vereinnahmte Gelder nicht direkt an die Reparationskommission abgeführt, sondern bis zu einer Vertragsverletzung Deutschlands als ein Garantiedepot betrachtet werden sollen. Als wirkungsvolle Drohung gegenüber Bonar Law wird jetzt erklärt, daß die französische Regierung zwar auf jedes militärische Unternehmen verzichtet, wenn die Alliierten einig seien, daß aber, wenn Frankreich ohne Unterstützung bleibe, die beabsichtigten Maßnahmen durch die Besatzungsarmee sich kaum vermeiden lassen werden.

London, 3. Januar. (W. T. B.)

Wie dem Bureau Reuter aus Paris gemeldet wird, hat das **französische Kabinett die britischen Reparationsvorschläge endgültig verworfen.**

Englische Kompromißbereitschaft.

Belgische Vermittlung.

London, 3. Januar. (W. T. B.)

Reuter meldet aus Paris: Die englische Regierung ist willens, eine vernünftigerweise mögliche Strecke mit den Alliierten zusammenzugehen, um ein Kompromiß zu finden, indem sie hofft, daß Frankreich die äußersten Bedingungen seines Planes aufgeben werde. Es wird betont, daß die Belgier, die keinen eigenen Plan vorgelegt haben, in den vorangegangenen Konferenzen als Vermittler zwischen Frankreich und Großbritannien gewirkt hätten. Es ist zu hoffen, daß die Belgier auch jetzt einen mildernden Einfluß ausüben werden. Die Belgier und die Italiener stehen dem englischen Plan weniger abweisend gegenüber als Frankreich. Man glaubt, daß aller Takt und jede Geschicklichkeit auf seiten der alliierten Premierminister nötig sein wird, um eine annehmbare Lösung der zwischen England und Frankreich bestehenden großen Meinungsverschiedenheit zu finden.

Paris, 3. Januar. (W. T. B.)

Der auf der Durchreise inkognito in Paris anwesende König der Belgier hatte heute vormittag mit Millerand Besprechungen.

Vier Pläne.

Von

Dr. Ernst Feder.

Die vier Zahlungspläne, die für die Pariser Konferenz fertiggestellt worden sind, der deutsche, der englische, der französische und der italienische, wollen angeblich alle dasselbe: die Reparation. Aber diese Einmütigkeit besteht doch nur im Sinne Kaiser Karls V., der mit Franz I. von Frankreich um den Besitz von Pavia stritt und die Aeußerung tat: „Mein königlicher Vetter und ich, wir wollen beide genau dasselbe, nämlich Pavia.“ Was der eine Plan bezweckt, das schließt der andere aus. Das deutsche Programm und ebenso das englische haben offenbar ernstlich das Ziel im Auge, eine unmögliche Kriegsentschädigung in die Grenzen der Möglichkeit zurückzuführen. Der französische Plan strebt eine politische „Sicherung“ an, die im Effekt jede Abzahlung ausschließt. Deshalb hält Poincaré schon eine Erörterung für gefährlich, nennt die englischen Vorschläge einen Verzicht auf wesentliche Bestimmungen des Versailler Vertrages und sieht in seinem eigenen Plan ein unveränderliches Mindestmaß. Gestern abend wurde an dieser Stelle der französische Plan in seinen finanztechnischen und wirtschaftlichen Einzelheiten zergliedert. Man kann ihn kurz so beschreiben: er sieht eine „Herabsetzung der deutschen Schuld“ vor, die in Wahrheit keine Herabsetzung ist, eine „Organisation der deutschen Finanzen“, die die Finanzhoheit aufhebende und in diesem Maße noch keinem selbständigen Staate auferlegte Kontrolle bedeutet, ein „Moratorium“, während dessen die Zahlungen im wesentlichen weitergehen, ein Pfändersystem, das den Schlüssel zur deutschen Wirtschaft in die Hand der Franzosen legt und ein Sanktionssystem, das die militärische Besetzung des Ruhrreviers vorsieht, soweit Marschall Foch es verlangt — des Ruhrreviers, an dessen Besetzung Poincaré bekanntlich nicht gedacht hat.

So ist der französische Plan zwar finanziell nicht ernst zu nehmen, aber politisch ein wichtiges Dokument, weil er den Schleier von den politischen Plänen Frankreichs reißt, die nach der prägnanten Sprache Delcasses auf „Vernichtung des Deutschen Reiches“ und „Vernichtung der politischen und ökonomischen Kraft Deutschlands“ gerichtet sind. Der Ministerpräsident Poincaré hat die Erbschaft des Präsidenten der Republik, deren Inventar Jswolsky in seinen geheimen Dokumenten so sorgfältig aufgezeichnet hat, mit allen Rechten und Pflichten getreulich übernommen. Gerade jetzt erscheint ein Buch von Coupaye, „La Ruhr et l'Allemagne“, dem der Vorsitzende der französischen Finanzkommission, Dariac, der Verfasser des durch eine glückliche Indiskretion bekannt gewordenen Geheimberichts über das Rheinland, eine sehr interessante Vorrede geschrieben hat. In ihr weist der einflußreiche französische Deputierte darauf hin, daß die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort den Franzosen den Schlüssel zum Ruhrgebiet und damit zur deutschen Industrie, in die Hand gibt. „Wir sind in der Lage, die Industrien der Potentaten von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort von Grund aus zu zerstören. Solange wir unsere gegenwärtige Position am Rhein innehaben, sind wir eine ständige Bedrohung für die zehn oder zwölf deutschen Industriekapitäne, die in Wahrheit die Finanzherren Deutschlands sind“. Das sorgfältig ausgeklügelte Pfändersystem, das nicht bloß die Kohle unter die Kontrolle alliierter Ingenieure stellt, sondern auch, wie im Kriege, die direkte Requisition von Holz, Stickstoff und allen sonstigen „Aufbaumaterialien“ ermöglicht, dient offenbar rein politischen Zwecken. Das zeigt auch die in Aussicht genommene Beschlagnahme der Kohlensteuer im besetzten Gebiet und im Ruhrbecken: vollkommen unbrauchbar als finanzielle Maßregel, ist sie wichtig als politischer Akt, der die deutsche Kohlenproduktion und damit die gesamte deutsche Wirtschaft unter die Kontrolle der Franzosen stellt. Der jetzt von der Rheinlandkommission verbotene Lloyd George hat mit Recht in seinem Neujahrsartikel gesagt, daß man von „produktiven Pfändern spricht“ und die Trennung des linken Rheinufers von Deutschland und seine Annektion durch Frankreich meint.

Der französische Plan verlangt die Zustimmung der Alliierten, daß sie erstens die militärischen Sanktionen gemeinsam anwenden, und daß sie zweitens keine Einwendungen erheben, wenn einer von ihnen die Sanktionen allein zur Anwendung bringen will. Demgegenüber ist zu sagen, daß der Versailler Vertrag militärische Sanktionen außerhalb der Besetzungszone nicht zuläßt. Der § 18, auf den sich Poincaré stützt, spricht von „wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßnahmen“ (der Ausdruck „Sanktion“ ist dem Versailler Dokument unbekannt), und dann weiter von „allgemein solchen anderen Maßnahmen, die die betreffenden Regierungen als durch die Umstände notwendig gemacht erachten können.“ Der Zusammenhang ergibt, daß diese anderen Maßnahmen ihrer Natur nach ebenfalls in das Gebiet der wirtschaftlichen und finanziellen Anordnungen fallen müssen. Die Frage der Okkupation deutschen Landes ist im Artikel 430 des Versailler Vertrages erschöpfend geregelt, und zwar dahin, daß die besetzten Gebiete, wenn und soweit sie schon geräumt sind, von den alliierten Truppen wieder besetzt werden können, wenn Deutschland die Verpflichtungen des Vertrages nicht erfüllt. Diese Bestimmung wäre über-